



NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 21. Oktober 2022



Liebe Leserinnen und Leser,

der Bundeskanzler hat mit einem Machtwort den Streit zwischen den Ministern Lindner und Habeck über die Verlängerung der Laufzeiten der Kernkraftwerke beendet. Die Anwendung der Richtlinienkompetenz löst zwar den Streit in der Regierungskoalition aber nicht unser Versorgungsproblem. Statt der dreieinhalb Monate brauchen wir eine wirkliche Laufzeitverlängerung bis Ende 2024, damit die Kernkraftwerke auch bis dahin Strom liefern können.

In Krisenzeiten schlägt oftmals die Stunde der Wissenschaft – das hat uns zuletzt eindrucksvoll die Entwicklung von Corona-Impfstoffen vor Augen geführt. Deutschland hat eines der leistungstärksten Wissenschaftssysteme der Welt, für dessen Leistungsfähigkeit die hohen Energiepreise eine existenzielle Bedrohung darstellen. Damit der Wissenschaft nicht der Stecker gezogen wird, haben wir den Antrag auf Einrichtung eines zielgerichteten Entlastungspakets und Notfallfonds für die Wissenschaft gestellt, um Schaden von unserem Wissenschaftssystem abzuwenden.

Zudem standen in dieser Woche mehrere Vorhaben der Ampelkoalition zur Umsetzung des Entlastungspakets III zur abschließenden Lesung an. Im Einzelnen handelt es sich um das Gesetz zur Änderung des Heizkostenzuschussgesetzes, das Gesetz zur Zahlung einer Energiepreispauschale an Renten- und Versorgungsbeziehende und zur Erweiterung des Übergangsbereichs. Für die Übergangszeit in der Heizperiode bis Januar 2023 will die Bundesregierung für Wohngeldempfänger, Rentner und Versorgungsempfänger eine weitere Einmalzahlung auf den Weg bringen.

Im Folgenden berichte ich Ihnen dazu mehr. Ihnen weiterhin alles Gute,

Ihr

Hermann Färber MdB

Inhalt

Die Sitzungswoche

Leitantrag der
Woche

Initiativen der
Sitzungswoche

Terminrückschau

Terminvorschau

CDU

Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes

Mit dem Gesetz will die Ampel die Finanzierung ihres 200 Milliarden Euro-Abwehrschirms (unter anderem für eine bisher nicht näher gesetzlich definierte Gaspreisbremse) umsetzen. Hierzu ist eine Reaktivierung und Neuausrichtung des in Corona-Zeiten eingerichteten Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) geplant. Konkret soll dieser für 2022 mit einer Kreditermächtigung über 200 Milliarden Euro ausgestattet werden. Dafür ist ein Beschluss des Deutschen Bundestages (Nutzung der Notlagenklausel der Schuldenbremse) erforderlich.

Die Union setzt sich für spürbare Entlastungen für die Bürger und Unternehmen ein. Dazu gehört auch die Gaspreisbremse. Aber wir sind nicht bereit, der Ampel einen Blankoscheck über 200 Milliarden Euro auszustellen. Wir haben angesichts der explodierenden Energiepreise eine dezidiert konstruktive Haltung bezüglich gezielter und erforderlicher Entlastungen von Bürgern und Unternehmen eingenommen. Leider schweigt die Bundesregierung immer noch zur Ausgestaltung von Gaspreisbremse, Strompreisentlastungen, schnellen Unternehmenshilfen und Einmalzahlung im Dezember.

Dieses Vorgehen der Ampelregierung ist konzeptlos und haushalterisch unsolide. Die CDU/CSU fordert von der Regierung ein spürbares Konzept und eine solide Finanzierung. Dazu gehören für uns:

- Der WSF bzw. dessen Wirtschaftsplan muss mit konkreten Maßnahmen und konkreten Zahlen hinterlegt werden. Hierzu gehört neben Gas- und Strompreisbremse auch, eine wirksame finanzielle Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen sicherzustellen.
- Keine gesonderte Kreditermächtigung im WSF. Die notwendigen Mittel müssen über die Bundeshaushalte 2022 sowie 2023 und ggf. 2024 zugeführt werden.
- Aufstellung eines konkreten und verbindlichen Tilgungsplans.

Deutsche Strategie zum Umgang mit Russlands wachsendem Einfluss in Afrika

Der Einfluss von Russland in Afrika hat über die letzten Jahre bedeutend zugenommen. Durch sog. „Guerilla Geopolitics“ schafft es Russland, mit wenig Einsatz hohe politische und wirtschaftliche Erträge zu erzielen. Dem Kreml gelingt es damit, eine direkte Einmischung zu verleugnen und Sanktionen zu umgehen. Diese Entwicklung sehen wir als ein Problem für die deutschen und europäischen Interessen vor Ort. Bisher hat die Bundesregierung es nicht geschafft, eine klare und umfassende strategische Antwort auf dieses Dilemma auf unserem Nachbarkontinent zu geben. In unserem Antrag ist eine Vielzahl von konkreten Punkten aufzeigt, wie wir dem russischen Engagement besser begegnen und in der EU eine Führungsrolle in dieser Frage einnehmen können.

Links

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw42-de-russland-afrika-915606>

Link zum Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/040/2004048.pdf>



Bildquelle: CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Studenten und Fachschüler jetzt in der Krise unterstützen – 200 Euro Einmalzahlung zügig auszahlen

Die Bundesregierung hat Studenten und Fachschüler in der aktuellen Krise bisher nicht im Blick gehabt. Zuerst wurden sie bei den Entlastungen schlicht vergessen. Dann wurde ihnen mit dem Entlastungspaket III zwar eine Einmalzahlung von 200 Euro zugesagt, deren Abwicklung sich aber weiter hinzieht. Mit unserem Antrag erhöhen wir den Druck auf die Bundesregierung, endlich zu handeln.

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

Für die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland brauchen wir eine aktivere Rohstoffpolitik, die vor allen Dingen die heimische Rohstoffgewinnung mehr in den Blick nehmen muss. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen ist vor allem für unsere gewerbliche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Gerade vor dem Hintergrund der Folgen des russischen Angriffskriegs hat dieses Thema an Brisanz gewonnen. Bei vielen bisherigen Stationen meiner Energietour hat sich gezeigt, dass wir mit Biogasanlagen oder thermischer Abfallverwertung auch in unserem Landkreis Energie für Bürger und Unternehmen im Landkreis produzieren können. Die Bundesregierung muss jetzt die notwendigen Schritte einleiten und Rahmenbedingungen schaffen. Dies hat die Ampel im Koalitionsvertrag angekündigt, bisher aber kaum Initiative gezeigt, die Erkundung heimischer Rohstoffe zu forcieren.

Darüber hinaus braucht es ein größeres deutsches Engagement bei der Gewinnung von Rohstoffen im In- und Ausland, z. B. durch neue Rohstoffpartnerschaften und bessere gesetzliche Rahmenbedingungen.



Bildquelle: CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Bürgergeld sendet falsche Signale

Dem deutschen Arbeitsmarkt fehlen fast 2 Millionen Arbeitskräfte. Fast doppelt so viele Menschen beziehen Hartz IV. Doch statt Arbeitslose zu motivieren, setzt das Bürgergeld der Ampel falsche Anreize. Innerhalb der ersten sechs Monate soll es bei Pflichtverletzungen keine Leistungskürzungen geben, für die Angemessenheit der Wohnkosten wird eine zweijährige Karenzzeit eingeführt und der Verzicht auf Mitwirkungspflichten bei der Arbeitssuche und auf Auflistung des Vermögens öffnen Tür und Tor für Missbrauch.

Das Prinzip "Fördern und Fordern" hat sich bewährt, doch die Ampel marschiert in eine völlig andere Richtung. Wenn der Abstand zwischen den Transferleistungen und dem Arbeitslohn zu gering wird, um in einen Job zu wechseln, motiviert das nicht zum arbeiten! Mit dieser Regelung sendet die Bundesregierung daher ein falsches Signal. Wir wollen doch die Menschen nachhaltig aus der Hilfsbedürftigkeit herausholen und diese nicht nur passiv verwalten. Das kritisiert auch der Bundesrechnungshof in einem Gutachten und schätzt allein die zusätzlichen Lasten für die Steuerzahler im nächsten Jahr auf fünf Milliarden Euro.

Der Gegenentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht u.a. eine bessere Förderung vor, eine schnellere Anpassung der Regelsätze an die Inflation, mehr Anreize durch höhere Grenzen beim Zuverdienst und erhält das Fordern - denn Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Lesen Sie hierzu mehr auf der Website der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: <https://www.cducsu.de/themen/buergergeld-hilft-weder-arbeitslosen-noch-unternehmen>.



Terminübersicht



Bildquelle: Bundesregierung/StadtLandMensch-Fotografie.

Besuch aus dem Wahlkreis im Bundestag

Ich habe mich sehr gefreut, dass bei meiner Besuchergruppe in dieser Woche auch viele Unterstützer aus dem Wahlkreis dabei waren und ich sie im Bundestag zu einer Führung und Gesprächsrunde begrüßen durfte. Neben diesem Besuch stand für die Gruppe unter anderem eine Führung in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, dem ehemaligen Stasi-Gefängnis, eine Führung über das Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit sowie ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt auf dem Programm. Nochmals vielen Dank euch allen für den Einsatz und die tolle Unterstützung!



Unions-Talk Agrar

Im Unions-Talk Agrar - ein von meinem Kollegen Artur Auernhammer MdB und mir gegründetes Forum - ging es diese Woche um die Herausforderungen in der biologischen Landwirtschaft. Der Präsident des Bioland-Verbands, Jan Plagge, berichtete vom Marktgeschehen in der aktuellen Krise, zu EU-Gesetzgebungen, dem Umbau der Tierhaltung und zum Thema Pflanzenschutz. Ich habe mich sehr gefreut, dass unser Format wieder so gut angekommen ist und eine rege Diskussion zu den Themen stattgefunden hat. Der Austausch zu den Fachthemen der Land- und Ernährungswirtschaft mit Fachleuten ist für mich sehr wertvoll.

Sitzungswochen in Berlin

07. -11. November 2022

21. - 25. November 2022

Delegationsreisen des Agrarausschusses

25. Oktober - 04. November 2022: Kenia und Sambia

13. - 18. November 2022: Spanien

Terminvorschau

22. Oktober: Konstituierende Sitzung des Landesfachausschusses (LFA) Ländlicher Raum

22. Oktober: CDU-Kreisparteitag in Deggingen-Reichenbach

07. November: Öffentliche Anhörung im Agrarausschuss zum Antrag der Fraktion der CDU/CSU zum Thema Ökosystemleistungen der Wälder

08. November: Schirmherrschaft für den Parlamentarischen Abend der GIZ, Forum Nachhaltiger Kakao

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de